

## Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

10. – 12. März 2010

### **MdL Peter Ritter**

TOP 34

Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“

Drucksache 5/3063

Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

passend zu unserem Antrag präsentierte der Gründer und Vorsitzende des Vereins „Gesicht zeigen!“, der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye am Montag aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Vereins eine erschütternde Bilanz: statistisch gesehen passiert in Deutschland alle 26 Minuten eine rechtsextrem motivierte Straftat. 2008 waren es rund 20.000, für 2009 werden ähnliche Zahlen erwartet. Zahlen, die uns auf- und wachrütteln müssen!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich daher eingangs den Dank meiner Fraktion sagen an alle diejenigen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mutig und mit Ausdauer gegen rechtsextremistische und nazistische Entwicklungen engagieren – seien es die vielen ehrenamtlich wirkenden Frauen und Männer, Jugendliche und Ältere, seien es die in den Regionalzentren und bei LOBBI e. V. oder in anderen Strukturen, in gewählten Vertretungen und in Verwaltungen oder in Schulen und Kirchen Engagierten – Menschen, die sich darin einig sind, Demokratie zu stärken und Respekt vor anderen Kulturen zu entwickeln. Ich bin überzeugt, dass für sie alle das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ wichtige Hilfe und Unterstützung, auch Leitfaden für konkretes Handeln ist.

Und lassen Sie mich eingangs an die Adresse der Bundesregierung davor warnen, ein neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus so „neu zu ordnen“, dass es sich zugleich gegen Linksextremismus und Islamismus richten soll. Es mag sein, dass sich die Bundesfamilienministerin mit ihrem Vorschlag versucht zu profilieren. Denn weitere Gedanken, das ergeben Antworten der Bundesregierung auf eine Reihe von Anfragen von Bundestagsabgeordneten der LINKEN, hat sie sich offensichtlich nicht gemacht. Ihr undifferenziertes Sprechen über „Extremismus“ von links und rechts lässt die Motivation des jeweils dahinterliegenden politischen Handelns unberücksichtigt.

Auch Heye warnte am Montag davor rechten und linken Extremismus in einen Topf zu werfen. „Damit besteht die Gefahr, Rechtsextremismus zu verharmlosen.“, sagte Heye.

Es besteht überhaupt kein Anlass, von der vollen Konzentration auf Auseinandersetzungen mit den Nazis abzuweichen, auch nicht davon, Bedingungen für das Aufleben rechtsextremer Kräfte auszutrocknen.

In Zeiten zunehmender öffentlicher Diskussionen um die Erosion der Mittelschicht, den Abbau staatlicher Sozialleistungen, steigender Lebenshaltungskosten, Globalisierungsängste und Demokratieverdrossenheit bestehen zweifelsfrei günstige Bedingungen für eine neonazistische „Allheilmittelpolitik“. Noch sind die Braunen logistisch und personell nicht in der Lage, diese Krisensituationen für die eigene Propaganda auszunutzen und in einen politischen Erfolg umzuwandeln. Eine Entwarnung hinsichtlich der vom Neonazismus ausgehenden Gefahren ist jedoch unangebracht.

Die Tatsache, dass sich inzwischen neonazistische Erscheinungsformen nicht mehr auf das Propagieren stumpfsinniger Parolen reduzieren lassen, birgt das Risiko einer subtileren und unberechenbareren Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats.

Ich bitte die demokratischen Fraktionen und die Landesregierung darum, diese Prämissen bei der weiteren Umsetzung, aber auch bei der Analyse der Wirksamkeit des Landesprogramms zugrunde zu legen.

Und da sage ich: Gut, dass nun der Zwischenbericht der Landesregierung vorliegt. Er zeigt Fortschritte auf, aber auch Defizite.

Keine Aussagen werden getroffen zu den Bereichen Hochschulen, Medien, Parteien und Kirchen. Ich hoffe sehr, dass im Abschlussbericht dazu analytische Aussagen getroffen werden. Und ich wünsche mir, dass weniger nur aufzählende Feststellungen getroffen werden oder Benennung von Aktivitäten, deren Bezug zum Landesprogramm im Dunkeln bleibt, wie im Punkt 6.3 „Projekt mv4you“.

Immer wieder wird auch nur auf Strukturen verwiesen, nicht aber inhaltliche Ergebnisse der Projekte genannt. Nur das, was im Alltag bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, in deren Denken und Handeln ankommt, sagt letztlich etwas über die Wirkung der Projekte und den Stand der Qualifizierung der Projektarbeit. Es ist mir nicht verständlich, dass verwertbare Ergebnisse der Einzelprojekte erst im September dieses Jahres bzw. nach Abschluss der Bundesprogramme 2010/2011 zu erwarten sein sollen.

Wir alle wissen, wie viel Kraft es kostet, Strukturen und Vernetzungen aufzubauen. Die Freude über deren Zustandekommen darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass auch Nazis arbeiten und wirken. Sie werden immer dreister und radikaler, wie das Hissen einer Hakenkreuzfahne auf der Sternberger Kirche zeigt. Oder das Versenden von Drohbriefen an UnterstützerInnen der Blockade des Dresdner Naziaufmarsches. Oder Mordankündigungen gegen einen Abgeordneten meiner Fraktion.

Andererseits geben sich Funktionäre der NPD bieder und bürgerlich, um Sympathie zu erzielen. Sie geben sich Mühe mit ihrer Raumergreifungsstrategie, um sich und ihre Ideologie im Alltag zu integrieren. Und das insbesondere dort, wo sie kommunale Mandate erringen konnten.

Unverfänglich kommt das nationalistische Monatsmagazin „Zuerst“ daher mit einer Startauflage von 86.000 Exemplaren. Es soll, wie ihr Chefredakteur kundtat, (Zitat) „ein Medium sein, das sich nicht auf irgendwelche Ideologien abhebt, sondern sich zuerst um deutsche Interessen der deutschen Bevölkerung kümmert...“ (Zitatende)

Meine Damen und Herren, rechtsextreme und Nazis sind dort stark, wo DemokratInnen schwach sind. Deshalb erwarte ich von allen demokratischen Fraktionen, dass sie vorliegende Unterrichtung nicht als erledigt bei Seite legen, sondern gemeinsam weiter an der Umsetzung des Landesprogramms arbeiten.

In gleichem Maße wende ich mich an die Landesregierung, an alle ihre Ressorts, ihre Anstrengungen zu erhöhen. Wenn am Ende des Zwischenberichts darauf verwiesen wird, dass die Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen den Haushalt nicht belasten sollen, so geht das an Erfordernissen und politischer Verantwortung vorbei. So bedarf die Ausstattung der Schul- sowie der Kinder- und Jugendsozialarbeit einer erhöhten Unterstützung.

Gerade in den ländlichen und ländlichsten Gebieten, in Dörfern mit nur wenigen Kindern und Jugendlichen müssen die Strukturen aufrecht erhalten oder wieder neu geschaffen werden. Ansonsten, das besagen ausreichende Erfahrungen, überlassen wir diese jungen Leute den braunen Rattenfängern.

Auch Heye forderte am Montag, dass Bildung und Jugendarbeit gestärkt werden müssen. Es fehle, so Heye „...die Mindestausstattung einer Bildungsrepublik...“

Es ist dringend geboten zu diskutieren, ob es gerade im Kinder- und Jugendbereich, aber auch im kulturellen Bereich dabei bleiben darf, dass Projektförderungen immer nur für ein Jahr gewährt werden. Erfolgreiche Projekte müssen weiter geführt werden können.

Im Landkreis Ostvorpommern arbeitet das Modellprojekt „Landstreicher“ mit seinem Kleinbus sehr erfolgreich. Für 1.051 Jugendliche von 12 bis 20 Jahren aus 28 Gemeinden gibt es eine einzige hauptamtliche Kraft. Unzumutbar! Das, was durch dieses Projekt geleistet wird, müsste flächendeckend Standard werden. Aber dazu müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Es ist aus unserer Sicht nicht tragbar, dass es für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ innerhalb der Regionalzentren nur eine Koordinatorin für das ganze Land gibt.

Es ist nicht zufrieden stellend, wenn „Aussteigerprogramme“ oder Hilfsangebote für Eltern, deren Kinder in rechtsextreme Gruppierungen abgleiten, nicht ausreichend angeboten werden können.

Es ist noch nicht hinreichend gelungen, die Kommunen des Landes - wie im Landesprogramm fixiert - zu ermuntern, „Demokratische Leitbilder zur Gestaltung weltöffener Gemeinden“ zu entwickeln.

Es ist notwendig, für den Bereich Bildung nicht nur Maßnahmen und Teilnehmerzahlen aufzuzählen, sondern darzustellen, wie die Grundlagen von Demokratie und Toleranz im Unterrichtsprozess der Schulen vermittelt und im schulischen Leben praktiziert werden. Unbestreitbar wichtig ist interkulturelle Erziehung an den Schulen. Aber was geschieht außerunterrichtlich und außerschulisch?

Die wenigen kulturellen Projekte, die im Punkt 3.2 genannt werden, sind wichtig. Aber auf sie wird nun schon lange immer wieder hingewiesen. Gibt es im für Kultur zuständigen Ministerium nicht mehr Anstrengungen, für entsprechende weitere Projekte und Aktivitäten zu werben? Gerade kulturelle und interkulturelle Bildung bietet vielfältige altersgemäße Spielformen, Möglichkeiten geselliger Kommunikation in Freizeitstätten, Theatern, Museen etc.

Kunst und Kultur sind doch prädestiniert, um Zielsetzungen des Landesprogramms anregend, fantasievoll und emotional besonders Kindern und Jugendlichen nahe zu bringen und alltagsrelevant umzusetzen.

Stattdessen, siehe Landeshaushalt 2010/2011, werden Mittel, die der direkten Projektförderung Kultur zur Verfügung stehen, beträchtlich gekürzt.

Warum gibt es eigentlich nicht in weiteren Verbänden einen solchen Ehrenkodex, wie ihn der Landessportbund praktiziert? Warum nicht bei den Feuerwehren, in der Wirtschaft, Landwirtschaft und anderswo?

Der Zwischenbericht benennt zwar den Bereich Tourismus. Aber mir scheint, dass er in seiner Bedeutung für Toleranzentwicklung noch nicht ausreichend erkannt wird. Es kann nicht nur um einen größeren internationalen Bekanntheitsgrad und immer mehr TouristInnen gehen. Viel mehr Augenmerk muss auf Kinder- und Jugendtourismus, Schulfahrten, internationalen Jugendaustausch gelegt werden. Gemeinnützige Jugendbegegnungsstätten, die ja auch wichtige Bildungsstätten sind, müssen für **alle** Kinder und Jugendlichen zugänglich sein. Auch hier geht es um Qualitätsverbesserung und mehr Investitionen.

Einerseits betont regierende Politik ein gastfreundschaftliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern. Andererseits praktiziert sie eine restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Umsetzung der Landeskonzeption zur Integration von MigrantInnen erfolgt viel zu schleppend.

Meine Damen und Herren, vielen der Schlussfolgerungen und Herausforderungen, die im Bericht genannt werden, kann meine Fraktion zustimmen. Nicht aber der Aussage, dass das Landesprogramm konsequent umgesetzt wird. Neben dem Tatbestand, dass das zu schleppend erfolgt, sind noch eine ganze Reihe von Defiziten zu beklagen. Einige habe ich versucht, sichtbar zu machen. Einige benennt die Landesregierung in ihrer Unterrichtung selbst. Wir stehen also bei der Umsetzung des Landesprogramms zwar nicht mehr am Anfang, doch sind wir lange noch nicht soweit sagen zu können, dass alles reibungslos funktioniert.

Die Beratung des Zwischenberichts der Landesregierung sollte daher für uns Anlass sein, unser eigenes Engagement für Demokratie und Toleranz zu erhöhen, die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes zu ermutigen, selbst aktiv zu werden. Wenn das Landesprogramm dabei weiter mit Leben erfüllt wird, ist es dafür eine gute Grundlage.